

Stöger: Freier Markt im Gesundheitswesen führt in soziale Sackgasse und verschlechtert medizinische Versorgung

Utl.: OÖ: SP-Landesrätin gegen FP-Pläne zur Abschaffung der
Pflichtversicherung =

Linz (OTS) - Oberösterreichs Gesundheits-Landesrätin Dr. Silvia Stöger (SP) spricht sich vehement gegen die Pläne von FPÖ-Spitzenpolitikern wie Vizekanzler Grobach und Nationalratspräsident Prinzhorn aus, die Pflichtkrankenversicherung abzuschaffen und statt dessen eine Versicherungspflicht mit gewinnorientierten Krankenversicherungen einzuführen. "Das führt geradewegs zu einer unmenschlichen Zwei-Klassen-Medizin und zu einer massiven Verschlechterung der medizinischen Versorgung."

Die negativen Erfahrungen aus den USA und aus Deutschland zeigen, dass der freie Markt im Gesundheitswesen kein zielführender Weg sei, so Stöger: "Durch das Abschöpfen von Gewinnen ist nicht mehr die bestmögliche Versorgung aller Versicherten gewährleistet. Ältere Menschen, sozial Schwache, chronisch Kranke, Behinderte und Menschen mit psychischen Erkrankungen sowie Personen mit einem erblich bedingten höheren Erkrankungsrisiko kommen in leistungsschwächere Versicherungen oder müssen höhere Prämien zahlen. Denn in einem gewinnorientierten Versicherungswesen wird das höhere Risiko dieser Personengruppen nicht mehr solidarisch geteilt mit den jungen, gesunden und besser verdienenden Menschen."

Vor solchen Entwicklungen haben auch internationale Experten erst vor zehn Tagen bei einem Kongress in Linz gewarnt. So brach etwa Prof. Warren T. Reich von der Georgetown University auf Grund seiner Erfahrungen in den USA eine Lanze für die Pflichtversicherung als "beste Option für alle Menschen", unabhängig von ihren Gesundheitsrisiken, ihrem Arbeitsverhältnis oder Einkommen. Die Pflichtversicherung sei ein "Juwel", so der Experte wörtlich.

Auch der Weltgesundheitsreport 2000 der WHO bestätigt, dass Österreich mit seinem Gesundheitswesen sowohl hinsichtlich der Qualität als auch der Wirtschaftlichkeit im internationalen Spitzenfeld liegt. In einer Bewertung der Gesundheitssysteme von 191 Staaten erreichte Österreich den Rang 9. Weit abgeschlagen hinter uns liegen Staaten wie Deutschland (Rang 25), die Schweiz (Rang 20) und

die USA (Rang 37).

Und auch im Kostenvergleich liegt das österreichische Gesundheitswesen unter den Top Ten der Weltrangliste. In Deutschland betragen die gesamten Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt 10,7 %, davon die öffentlichen Ausgaben 8,0 %, in Frankreich 9,5 %, davon die öffentlichen Ausgaben 7,2 %. In Österreich hingegen haben wir bei sinkender Tendenz nur einen Anteil von 7,7 % am Bruttoinlandsprodukt, die öffentlichen Gesamtausgabenrahmen machen gar nur noch 5,2 % aus. Ähnlich niedrig liegen bei den öffentlichen Ausgaben die USA, nämlich bei 6,2 Prozent. Allerdings gibt es dort einen sehr hohen Gesamtkostenanteil von 13,9 Prozent Anteil am Bruttoinlandsprodukt. Das heißt nichts anderes, als dass dort von den Bürgern ein unverhältnismäßig großer Anteil der Gesundheitskosten aus ihrer Privatschatulle zu bezahlen ist.

Bei einer sogenannten Benchmarking-Studie der EU, bei der diese Ausgaben für Gesundheit mit der Kundenzufriedenheit in Zusammenhang gesetzt wurden, liegt Österreich hinter Finnland am besten in der EU.

"Dieses bewährte Gesundheitssystem darf nicht zerschlagen, sondern es muss vielmehr sorgfältig weiter entwickelt werden. Gesundheit darf keine Frage des Einkommens, keine Frage des sozialen Status und keine Frage des regionalen Zugangs werden", fordert Landesrätin Dr. Silvia Stöger.

~

Rückfragehinweis:

SPÖ Oberösterreich

Pressereferat

Gerald Höchtler

Tel.: (0732) 772611-22

mailto:gerald.hoechtler@spoe.at

~

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS ***

~

OTS0165 2003-11-10/14:05

~

101405 Nov 03

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20031110_OTS0165